

Welt im Wandel

In Fragen der Rüstungsforschung müssen die Staaten in Europa umdenken.

Wolfgang Maier

Die neue Zeit stellt neue Fragen. Und nicht alle Antworten „finden wir in der Vergangenheit, nicht in den Routinen der letzten Jahrzehnte. [...] Heute müssen wir anders denken und anders handeln.“ Diese Worte stammen aus der Rede unseres Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier am Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine.

In einer Welt im Wandel scheint ein Überdenken der gängigen Positionen gegenüber Rüstungsfragen und den damit verbundenen Forschungsthemen angeraten. Ein Umdenken bezüglich der Relevanz der Verteidigungsfähigkeit Europas ist notwendig, um die durch diverse Einflüsse bedrohte freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen. Europa muss sich den neuen Herausforderungen stellen und seine strategischen Fähigkeiten stärken, um die Sicherheit und Freiheit seiner Bürger gewährleisten zu können. Dies gilt insbesondere aufgrund des sich abzeichnenden Stimmungswandels im Nordatlantikat, dem zentralen Entscheidungsgremium der NATO. Neben einer engen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen europäischen Staaten erfordert dies auch erhebliche Investitionen in innovative Verteidigungstechnologien, die einen ausreichenden Schutz gegenüber externen Aggressoren garantieren. Nur so kann Europa seine Souveränität und seine demokratischen Werte bewahren.

Die in den meisten europäischen Staaten praktizierte strikte Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung und Entwicklung soll sicherstellen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Fortschritte nicht für militärische Zwecke missbraucht werden. Zudem sollen Forschung und Entwicklung im zivilen Bereich ausschließlich dem Nutzen der Gesellschaft dienen.

In vielen Ländern ist diese Trennung nicht explizit in der Verfassung verankert. Allerdings können ethische Grundsätze und internationale Vereinbarungen, etwa das Genfer Abkommen, diesen Leitfadens unterstützen. Die seit 2006 eingesetzte Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) leistet wissenschaftliche Politikberatung für die Bundesregierung. Ihr im Frühjahr 2024 übergebenes Gutachten empfiehlt, die hierzulande praktizierte Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung und Entwicklung zu überdenken „und – wo sinnvoll – aufzulösen“. Eine solche Auflösung fördert die Möglichkeit, Übertragungseffekte bzw. doppelte Verwendungsmöglichkeiten („dual use“) von zivilen und militärischen Forschungsergebnissen zu nutzen.

Die partielle Auflösung dieser Trennung birgt Chancen wie auch Herausforderungen. Eine engere Zusammenar-



Dr. Wolfgang Maier war bis 2023 Direktor für Hardwareentwicklung bei IBM in Böblingen und ist nun freiberuflich als IT-Experte tätig.

beit und der Austausch von Wissen erlauben es, innovative Lösungen zu entwickeln, die sowohl für die Verteidigung als auch für zivile Anwendungen nützlich sind. Allerdings gilt es, ethische und rechtliche Aspekte zu berücksichtigen, damit die Forschung im Einklang mit den demokratischen Werten und Grundrechten steht. Ein entsprechend definiertes und zusammengestelltes Kuratorium – etwa im Rahmen des Deutschen Ethikrates – könnte helfen, Richtlinien und Standards für eine verantwortungsvolle und transparente Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Forschungsbereichen zu entwickeln.

Zugleich erscheint es mir dringend notwendig, die in der Bundesrepublik deutlich spürbare Tabuisierung der militärischen Forschung zu überdenken. Diese hat

zweifelsohne über Jahre geholfen, den Missbrauch von Technologien für militärische Zwecke zu verhindern und den Fokus auf friedliche Anwendungen von Wissenschaft und Technologie zu lenken. Aufgrund der verän-

derten geopolitischen Situation sind jedoch militärische Forschung und Entwicklung notwendig, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten und sich gegen potenzielle Bedrohungen zu verteidigen. Mit dieser Aufgabe steht sie in der Mitte unserer Gesellschaft und sollte entsprechend Anerkennung und Förderung erfahren.

Zu Recht werden die hier angerissenen Aspekte kontrovers diskutiert. Eine sorgfältige Abwägung zwischen Sicherheitsinteressen und ethischen Grundsätzen ist erforderlich. Unabdingbar bleibt, dass Regierungen, Institutionen und Forschende ethische Standards einhalten und sicherstellen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse dem Wohl – aber eben vermehrt auch der Sicherheit – der Bürger dienen, die mit ihren Abgaben die für Forschung und Entwicklung nötigen Mittel bereitstellen.

Die unter der Rubrik „Meinung“ veröffentlichten Texte geben nicht in jedem Fall die Meinung der DPG wieder.

„Es ist notwendig, die spürbare Tabuisierung der militärischen Forschung zu überdenken.“